

Lisa Mayr  
9706232  
300/301

SE Staatszerfall, Parastaatlichkeit und Bandenkriege  
Prof. Eva Kreisky  
WS 03/04

Seminararbeit

## **Die Gestalt der Gewalt**

Entstaatlichung und neue Formen von Gewalt unter neoliberalen Bedingungen

Juli 2004

**Inhalt**

<b>1. Einleitung: Welche Fragestellung liegt dieser Arbeit zugrunde?</b>	3
<b>2. Nonplusultra Neoliberalismus?</b>	4
2.1. Grundbegriff: Staatsgewalt	5
2.2. Gewalt und Krieg	7
2.2. Staatszerfall	9
<b>3. Sozialstaat und Globalisierung</b>	10
3.1. GATS und die Folgen	12
3.2. Der lange Schatten der Ökonomie	14
3.3. „Amerikanische Verhältnisse“ und Standortpolitik	15
3.4. Kapitalokratie und die Illusion von Freiheit	16
3.5. Standortvorteil Sicherheit	18
<b>4. Wie viel Staat braucht Globalisierung?</b>	19
4.1. Zahnlose Kritik?	22
<b>5. Schlusswort</b>	23
5.1. Literatur- und Quellenangaben	24

## **1. Einleitung: Welche Fragestellung liegt dieser Arbeit zugrunde?**

Fundamentalismus und Minderheiten, Terrorismus und Kriminalität, „Killerviren“ und Seuchen: Zahlreiche politische AkteurInnen scheinen genau zu wissen, wo die Bedrohungen der heutigen Zeit lauern. Mit Hilfe der Medien werden Kreuz- und Feldzüge gegen diese angeblichen Feinde der modernen Gesellschaft unternommen, die freilich auch den Gewaltbegriff nicht unberührt lassen. Gleichzeitig finden Prozesse statt, die oberflächlich nur auf die Wirtschaft und ihre Effizienz abzielen: Dem vermeintlichen Allheilmittel Markt und seiner Globalisierung werden staatliche Sicherheiten geopfert. Ganz neue Bedrohungen treten zutage: eine immer weiter klaffende globale Schere des Wohlstands, massenhafte Armut und Arbeitslosigkeit, epidemische Ausbreitung von teilweise leicht heilbaren Krankheiten in vielen Teilen der Welt, Beschneidung von Freiheitsrechten in anderen, global eine massive Ausbeutung der Umwelt. Diese Bedrohungen jedoch werden von Seiten der Lobbys und AkteurInnen der globalisierten Wirtschaft kaum je in kausale Verbindung mit wirtschaftlichen Entwicklungen gebracht, sondern – wenn überhaupt – eher als deren temporäre „Kollateralschäden“ (weg)diskutiert. Von diesem Zusammenhang gehe ich aus, er bildet gleichsam den Hintergrund meiner Arbeit. Die Verbindung zum Thema des Seminars, also den Phänomenen Staatszerfall und Parastaatlichkeit, besteht für mich eindeutig – und zwar über den Begriff der Gewalt. Es steht m. E. außer Frage, dass es in Summe gewaltvolle Prozesse sind, die unter dem Mantel der Globalisierung wirken, sei es nun auf die Form oder den konkreten Inhalt staatlicher Hoheit. Auch wenn sich diese Prozesse freilich nicht mit der Logik der Kriegsführung erklären lassen.

Im Rahmen der Arbeit soll nun zunächst der Gewaltbegriff hinterfragt und untersucht werden, welche Gestalt diese Gewalt der Globalisierung heute, eben jenseits klassischer Begriffe von Krieg und Frieden, unter neoliberalen Bedingungen annimmt. Dazu soll der Versuch unternommen werden, die von internationalen Organisationen wie Weltbank, WTO oder IWF, von PolitikerInnen und Lobbys vorangetriebenen und als Naturgesetze präsentierten neoliberalen Umbauprozesse auf ihre „gewaltvolle“ Wirkung hin zu untersuchen. Die neuen Dimensionen dieser „Gewalt“, die Millionen von Menschen weltweit in Elend und Verzweiflung stürzt, sollen dann am Beispiel des Sozialstaates nachgezeichnet werden.

## 2. Nonplusultra Neoliberalismus?

Robert Menasse spricht von einem „großen Krieg“<sup>1</sup>. Er beschreibt in einem Kommentar im Standard unter dem Titel „Wohin das alles führen wird“ die Welt, in der wir leben, als eine, in der

*Millionen Menschen zugrunde gehen aufgrund einer Logik, die deshalb entmenschlicht ist, weil sie die Bedürfnisse der von den Menschen produzierten Verhältnisse wichtiger nimmt als die Bedürfnisse der produzierenden Menschen selbst.*<sup>2</sup>

Die Bedürfnisse der Verhältnisse? Wie darf man/frau den Schriftsteller verstehen, wenn er behauptet, „Verhältnisse“ hätten „Bedürfnisse“? Für Menasse setzen „Elend und Vernichtung“ in jenem Moment ein, in dem begonnen wird, Begriffen wie „Systemlogik“, „Marktlogik“ oder „Sachzwang“ zu gehorchen. Durch die Annahme, bzw. eigentlich eher die von bestimmten AkteurInnen bewusst in die Welt gebrachte und immer wieder bestärkte Doktrin, die „Verhältnisse“ – also etwa die Wirtschaft, der „Status quo“, der Wille zum „Fortschritt“ – würden bestimmte politische Richtungsentscheidungen und Reformen notwendig machen, werden genau diese Umbauprozesse legitimiert. Ganz so, als handle es sich um „von oben“ aufoktroyierte Zwänge, für die niemand etwas könne, die unbeeinflussbar seien und somit schlichtweg „hingenommen“ werden müssten. Dies trifft vor allem auf die Umbaureformen des globalisierten Neoliberalismus und dessen Doktrin vom freien Markt, punktuell gestützt durch einen schlanken Effizienzstaat, zu, die es mittlerweile in weiten Teilen der Welt zum politischen Nonplusultra geschafft haben.

*Stellen wir uns vor, Anfang der 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts hätten selbst Antifaschisten gesagt, „Der Faschismus ist unaufhaltsam, die Entwicklung geht mächtig und eindeutig in diese Richtung. Unsere Aufgabe ist es daher, diese Entwicklung mitzutragen und uns für diese Zukunft fit zu machen!“ – würden wir heute diesen „Pragmatismus“ [...] bewundern, oder nicht vielmehr diese Willfährigkeit verachten?*<sup>3</sup>

Was Menasse hier provokant als Gedankenexperiment vorschlägt, betrifft eines der

---

1 In: Der Standard, 17./18. Jänner 2004, Kommentar, S. 31

2 ebd.

3 ebd.

hauptsächlichen Merkmale der neoliberal geprägten Globalisierung: In ihrem Namen wird aktiv und gezielt eine bestimmte Politik betrieben und gleichzeitig geleugnet, dass man sie als Gesamtprojekt überhaupt (noch) infrage stellen könne. Das Kind, das Margaret Thatcher einst „TINA“ („There Is No Alternative“) taufte, ist erwachsen geworden und seine zahlreichen Väter und Mütter werden sich wohl auch weiterhin hüten, es in Zweifel zu ziehen.

Doch gleichzeitig findet im Namen der neoliberalen Globalisierung statt, was man/frau meiner Ansicht nach getrost als eine Art forcierten Staatszerfalls beschreiben könnte: Sowohl der Sozialstaat westeuropäischer Bauart als auch – weltweit gesehen – der Nationalstaat, wie wir ihn heute kennen, bleiben davon nicht verschont. Welche Gewalten werden nun konkret wirksam, die den über Jahrzehnte gewachsenen Sozialstaat innerhalb kurzer Zeit aus den Angeln zu heben vermögen? Was sind die genauen Wirkungsweisen dieser so genannten Globalisierung, die so zwingend zu sein scheinen, dass sie den Nationalstaat in eine existentielle Krise treiben? Nicht zuletzt: Wie können, global gesehen, die „Gewalten“ benannt werden, die sich kaum in der Logik der Kriegsführung erklären lassen, und dennoch so weitreichenden – und im Falle des Sozialabbaus so negativen – Einfluss auf das Leben von Millionen von Menschen weltweit haben?

## **2.1. Grundbegriffe: Staatsgewalt**

Die Standortdebatten der linken Globalisierungskritik sind unter anderem geprägt von Diskursen rund um die Rolle des Staates vor dem Hintergrund des neoliberalen Umbaus. War für viele Kritiker/innen lange Zeit der starke und als repressiv angesehene (National-)Staat quasi das Sinnbild von monopolisierter Gewalt, bleibt diese Sicht im Kontext der Globalisierung nicht unbeeinflusst. Es ist heute keine Seltenheit, dass ehemals überzeugte Skeptiker/innen eines allzu „starken Staates“ in ihrer Rolle als Globalisierungskritiker/innen zu regelrechten Verfechtern von staatlicher Gewalt – im Sinne von Hoheit – werden. Beispielsweise da, wo es um sozialstaatliche Einflussnahme geht.

Doch gilt es hier zwei Dinge klar zu trennen: So wird von linker globalisierungskritischer Seite zwar sehr wohl betont, dass durch das (Zusammen-)Wachsen der internationalen Konzerne und

das Ausweiten des Machtbereichs derselben der Einfluss der Nationalstaaten bzw. nationalstaatlicher Regierungen sinke. Die Schluss aus diesem Zusammenhang lautet allerdings nicht, dass die nationalen Regierungen die „natürlichen Gegner“ des großen Kapitals seien. Viel eher geht die linke Analyse mehrheitlich davon aus, dass die Kapitalgruppen innerhalb eines Landes immer schon Verbündete des jeweiligen Staates und der Staat bzw. die Regierung Interessenvertreter der Konzerne des Landes waren/war.<sup>4</sup> Und dies durch eine fortschreitende Deregulierung von Märkten zunehmend werden/wird.

*Weder für die Linke der Welt noch für die Dritte Welt waren die reichen Nationalstaaten Verbündete gegen die Großkonzerne und ihre Interessen. Die Stärkung der Nationalstaaten ging immer in Richtung imperialistische Großmacht.<sup>5</sup>*

Was hier beschrieben wird, wäre quasi die Seite staatlicher Einflussnahme, die als exekutive Stütze des Kapitals durchaus unter linken globalisierungskritischen Beschuss gerät – zumindest von jenen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, die ihre Neoliberalismuskritik antikapitalistisch inspiriert argumentieren. Nichtsdestotrotz erfährt die zweite Dimension staatlicher Hoheit bzw. Einflussnahme, die sich auch in sozialstaatlichen Interventionen bemessen lässt, derzeit eine gewisse Aufwertung – wiederum im Zuge der fortschreitenden Globalisierung und der parallel dazu wachsenden Kritik. Wohl auch, weil einerseits die Relevanz sozialstaatlicher Errungenschaften und Maßnahmen und andererseits ihre Bedrohung eben durch die Globalisierung zuletzt wieder deutlicher wurde.

*Der Preis für das Überleben des Nationalstaats in einer internationalen Marktwirtschaft ist die Unterordnung seiner Sozialstaatlichkeit unter das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit.<sup>6</sup>*

Der Nationalstaat verliert in der hier zitierten Perspektive durch die neoliberal verordnete „Kopfwäsche“ also seine positiven Aspekte (Sozialstaatlichkeit) und wird damit um seine letzte Legitimation gebracht. Was bliebe, wäre ein auf seine blanke Staatsgewalt reduzierter und von seinem sozialstaatlich menschlichen Antlitz „befreiter“ starker Staat, der ohne weiteres die längst rostig geglaubten Mühlen der Imperialismuskritik am repressiven Herrschaftskörper in Gang zu

---

<sup>4</sup> Diese Argumentation findet sich beispielsweise auf: <http://www.trend.partisan.net/trd1101/t231101.html>, Stand 16.02.2004

<sup>5</sup> ebd.

<sup>6</sup> ebd.

setzen vermag. Hannes Hofbauer, der die Osterweiterung der Europäischen Union als grenzüberschreitende Marktvergrößerung in der Logik der globalen kapitalistischen Profitmaximierung sieht, plädiert für die Stärkung des Nationalstaates als Schutz vor der „Einflussnahme“ der globalen Wirtschaft. Über die Öffnung der Arbeitsmärkte durch die EU-Osterweiterung schreibt er:

*Jeder Hinweis auf gewerkschaftliche Rechte im nationalen Rahmen wird mit der neoliberalen Keule der vermeintlichen Ausländerfeindlichkeit erschlagen. Als ob der Import von WanderarbeiterInnen und massenhaft (saisonalen) ArbeitsimmigrantInnen menschenfreundlich wäre und nicht sozialer Auswuchs ökonomischer Ungleichzeitigkeiten, mit Hilfe derer große Unternehmen auf Basis extrem unterschiedlicher Lohnniveaus Extraprofite erzielen.<sup>7</sup>*

## **2.2. Gewalt und Krieg**

Was, wenn man/frau nun aber den so genannten positiven Friedensbegriff<sup>8</sup> auf im Geiste der neoliberalen Globalisierung agierenden und um ihre sozialstaatlichen Aspekte reduzierten Staaten anwendet? Rasch wird klar, dass neoliberal durchgesetzte Gesellschaften – also jene, die vom aufwachsende Wirtschaft ausgerichteten „Effizienzdenken“ und dessen realpolitischen Fortführungen geprägt sind – zwar vielleicht nicht buchstäblich „im Krieg“ sind, tatsächlich Frieden im Sinne des positiven Begriffes (dieser meint vor allem auch die Abwesenheit von Bedrohung) herrscht deswegen jedoch noch lange nicht.

Gewagter wirkt allerdings der hypothetische Versuch, die Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen direkt mit dem Phänomen des (bewaffneten) Krieges zusammen denken, wie Robert Menasse dies im eingangs zitierten Essay tut. Schließlich ist die damit verbundene Gefahr, dabei

Begriffe bis zur Unbrauchbarkeit zu verwässern und ihrer eigentlichen Bedeutung zu berauben,

---

<sup>7</sup> Hofbauer, Hannes: Grenzenlose Marktvergrößerung. In: Progress 8/04, Dossier, S. 19

<sup>8</sup> Dieses Verständnis von Frieden verknüpft das Fehlen von Ausbeutung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Pluralismus, Gerechtigkeit und Freiheit, die Verwirklichung der Menschenrechte und die jedem Individuum einzuräumenden Möglichkeit, sich gemäß seinen/ihren Anlagen und Fähigkeiten selbst zu entfalten. Vgl.: Nohlen, Dieter: Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Rohwolt, Hamburg 2002, S. 294 f.f.

nicht von der Hand zu weisen. Wenn es nach dem US-Autor Charles Derber geht, ist das Gedankenexperiment dennoch zulässig. Er nämlich betont<sup>9</sup> die kriegsähnlichen Züge der Globalisierung, wie wir sie heute kennen, und dass diese sehr wohl durch Waffen gesichert sei. Ob die Waffen zum Einsatz gebracht werden, ist für Derber dabei gar nicht der springende Punkt. Eindeutig gehe es seiner Meinung nach im Kampf um wirtschaftliche Einflussphären und Hegemonien aber um die Demonstration von Macht, Stärke und militärischer Überlegenheit. In eine ähnliche Richtung argumentiert Thomas Friedman; er beschreibt die Globalisierung als Weltordnung, die den Kalten Krieg durch „wirtschaftliche Integration“ ersetzt hat. Anstatt sich jedoch in hochgerüsteter Front gegenüber zu stehen, agierten die Machtblöcke ihm zufolge nun auf der wirtschaftlichen Ebene<sup>10</sup>. Über Ausschlussverfahren und Exklusion von der Teilhabe am Wohlstand, die Konzentration des Kapitals an einigen wenigen Polen der Welt und das sich dadurch manifestierende soziale Gefälle zwischen den Menschen würden laut Friedman ganze Kontinente destabilisiert und ausgebeutet werden, ohne dass dafür je ein Mensch eine Waffe auch nur in die Hand nehmen müsste.

Den martialischen Begriff der „Übernahme“<sup>11</sup> verwendet auch Hannes Hofbauer kaum zufällig zur Beschreibung der EU-Osterweiterung.

Allen drei Autoren ist gemeinsam, dass sie bestimmte wirtschaftliche Entscheidungen und deren Umsetzung mitunter sehr wohl mit gewaltvollen Interventionen gleichsetzen und neoliberale Ökonomie durchwegs als die Fortsetzung von Krieg mit anderen Mitteln beschreiben.

*Die Gewaltanwendung gegen Dritte-Welt-Länder ist ein letztes Mittel. Ökonomische Waffen allerdings sind viel wirkungsvoller, wenn man sie einsetzen kann. Einige neuere Mechanismen zeigen sich in den GATT-Verhandlungen. Die westlichen Mächte fordern Liberalisierung, wenn sie ihren Interessen entspricht, und sie rufen nach stärkere Protektion, wenn ihnen dies zupass kommt.<sup>12</sup>*

beschreibt auch Noam Chomsky.

---

9 Derber, Charles: One World. Von globaler Gewalt zur sozialen Globalisierung. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2002, S. 169 f.

10 vgl. Friedman, Thomas: Globalisierung verstehen: Zwischen Marktplatz und Weltmarkt. Ullstein, Berlin 1999

11 Hofbauer, Hannes: Grenzenlose Marktvergrößerung. In: Progress 8/04, Dossier, S. 19

12 Chomsky, Noam: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1995, S. 154

### 2.3. Staatszerfall/Entstaatlichung

Von KritikerInnen wird die so genannte Globalisierung auch als Methode von Aktiengesellschaften und Finanzmärkten, sich vom Nationalstaat zu lösen, gleichzeitig jedoch riesige Reichtümer anzuhäufen und die Welt gewissermaßen zu uniformieren, umrissen.<sup>13</sup> Dass der Nationalstaat westeuropäischer Prägung durch diese Entwicklung in einen Prozess der Veränderung gedrängt wird, ist sicherlich mit ein Grund für Unsicherheiten und Ängste vieler Menschen – zuletzt wurde dies beispielsweise auch an der breiten EU-Skepsis im Vorfeld der so genannte Osterweiterung deutlich. Dabei lösen sich wirtschaftliche Prozesse ja nicht einfach vom Staat ab – die gegenseitige Einflussnahme erhält aber sehr wohl eine andere Qualität: De facto kommt es im Zuge der Globalisierung immer mehr zu einer Entkoppelung der Finanzmärkte von der nationalen Regierung und der Entstehung eines transnationalen fiskalischen Netzes, gleichzeitig machen es sich die Finanzmärkte aber sehr wohl auch beim Staat gemütlich: etwa wenn es darum geht, Sanierungshilfen nach Wirtschaftsflauten anzufordern. Daraus ergibt sich ein Zusammenhang, den Charles Derber folgendermaßen beschreibt:

*Die Abkoppelung durch die Wirtschaft verändert staatliche Politik und das gesellschaftliche Leben überall im Sinne globaler Wirtschaftsweise. Sie führt zu einer „Entnationalisierung“ und gleichzeitig zu einer Zusammenkoppelung von Kapital und gesellschaftlichem Leben. Sie integriert die Welt sowohl politisch als auch ökonomisch, schafft eine weltweite Wirtschaftskultur und liefert sogar das Fundament für die „Entnationalisierung“ politischer Macht und die Schwächung demokratischer Staatsgefüge.<sup>14</sup>*

Dass staatliche Macht zunehmend entnationalisiert werde und die Gestalt der innerhalb und zwischen einzelnen Staatsgefügen wirkenden Gewalt durch den Globalisierungsprozess nicht unverändert bleibe, diagnostiziert auch Herbert Wulf<sup>15</sup>. Ihm zufolge habe sich die Bedeutung des staatlichen Machtmonopols in den letzten Jahren durch den zunehmenden Einfluss wirtschaftlicher Entscheidungsträger/innen auf staatspolitische Agenden zusehends verändert. Dies bezieht er sowohl auf „explizitere Gewaltformen“ als auch auf den abstrakten Bereich der

---

13 vgl. ebd., S. 158 f.

14 Derber S. 80

15 Wulf, Herbert: Krisenprävention und die Ökonomie der Gewalt. In: Stanley, Ruth (Hg.): Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001, S. 51 ff.

Staatsgewalt. So wurden ihm zufolge durch Abrüstung, die er auch durch transnationale wirtschaftliche Annäherungsprozesse beschleunigt sieht, immer mehr Waffen verfügbar und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols habe damit die Funktion und Gestalt von Gewalt und Gewaltanwendung zusätzlich beeinflusst. So stünde in manchen Ländern nicht mehr der Einsatz „legitimer“ staatlicher Gewalt zur Verteidigung im Vordergrund, sondern, so Wulf, Gewalt allein zum Zwecke der ökonomischen Bereicherung oder zum Überleben.<sup>16</sup>

### 3. Sozialstaat und Globalisierung

Moderne Industriegesellschaften, in denen der Staat eine aktive Rolle in der Steuerung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Abläufe einnimmt und einen beträchtlichen Teil der Staatstätigkeit sozialpolitischen Zwecken widmet, werden im internationalen Sprachgebrauch häufig als Wohlfahrts- oder Sozialstaat bezeichnet. Der Begriff bezeichnet also einen bestimmten Typus der Staatstätigkeit.<sup>17</sup>

Zu überprüfen wäre also die These, ob die neoliberale Globalisierung in bezug auf den Sozialstaat eine Art von „Entstaatlichung“ – etwa in Form der Substitution einer seiner maßgeblichen Charakteristika mit „Marktdogmen“ – in Gange gesetzt hat.

Dafür sprechen würde die Tatsache, dass die sozialstaatszentrierten Länder Westeuropas im Prozess sind, ihre Wohlfahrtssysteme an die „Erfordernisse“ der Globalisierung anzupassen: eine Entwicklung, die Martin Seeleib-Kaiser mit dem Begriff der „divergenten Konvergenz“<sup>18</sup> beschreibt. Er spricht von einer spezifischen Anpassung des jeweiligen Wohlfahrtsstaates an die Erfordernisse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und setzt auf die selbstregulierenden Mechanismen des freien Marktes, wenn er prognostiziert:

*Staaten, die in der Vergangenheit stark auf „informelle“ Wohlfahrtsarrangements setzten, bauen auf Grund der Globalisierung sozialstaatliche Arrangements aus, während die sozialstaatszentrierten Länder Westeuropas auf Grund der Globalisierung Einschränkungen*

---

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 53

<sup>17</sup> vgl. Wohlfahrtsstaat. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 2, Piper Verlag, München 1983, S.530 f.

<sup>18</sup> Seeleib-Kaiser, Martin: Globalisierung und Sozialstaat, in: Talos, Rosenberger (Hrsg.): Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Mandelbaum Verlag, Wien 2003, S. 64 f.

*sozialstaatlicher Leistungen vornehmen und individuelle Vorsorge bzw. betrieblich Arrangements stärker betonen.*<sup>19</sup>

Spännen man/frau diese These gedanklich weiter, so würde sich ergeben, dass der Prozess der Globalisierung, zu dem auf der realpolitischen Ebene Abkommen wie beispielsweise das GATS mit Zielsetzung Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen gehören, zwangsläufig zu einer *Neudefinition* des staatlichen Interventionismus führen muss. Dieser muss/müsste sich künftig an seinem wirtschaftlichen Nutzen messen lassen: Solange sozialpolitische Programme im politischen Diskurs als ökonomisch nutzbringend und effizienz- bzw. wettbewerbssteigernd gedeutet werden, haben sie nach herrschender Logik relativ gute Chancen, beibehalten oder sogar ausgebaut zu werden. Alles, was – etwa im Bereich der Sozialleistungen – darüber hinausgeht und auch keinen ökonomisch nutzbaren Mehrwert generiert, fiel allerdings früher oder später dem neoliberalen Spardogma zum Opfer.

Doch beispielsweise Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Wohnpolitik nicht mehr primär aus dem Motiv der allgemeinen Wohlfahrt heraus zu initiieren und entsprechende Maßnahmen nicht mehr mit diesem Ziel umzusetzen, sondern, in Reaktion auf die Durchdringung von immer mehr Lebensbereichen mit einer neoliberalen Realität, quasi wirtschaftsstabilisierend einzusetzen, würde den Sozialstaat in seiner ursprünglichen Zielsetzung und Qualität ad absurdum führen.

Doch wie ist dieser Prozess auf einen Begriff zu bringen, und ist die inhaltliche Verbindung zum Thema des Seminars nicht längst gekappt? Ich will den Brückenschlag versuchen: Mit Blick auf den Rück- bzw. Abbau sozialstaatlicher Leistungen unter dem Einfluss des (bzw. in Reaktion auf den) Neoliberalismus von „Entstaatlichung“ zu sprechen, wäre wohl schlichtweg falsch. Von einer inhaltlichen Umdeutung des Wohlfahrts- oder Sozialstaates westeuropäischen Vorbilds kann m. E. aber sehr wohl die Rede sein, wenn Sozialleistungen – unter vorhergehender Abstimmung ihrer marktrelevanten Umwegrentabilität – nur mehr als „Erfüllungsgehilfen“ einer möglichst effizienten Wirtschaftspolitik Relevanz zugeschrieben wird.

Die Demokratien europäischer Bauart sind ihrer ursprünglichen Definition nach darauf angelegt, den darin lebenden Menschen Freiheit im Sinne einer Abwesenheit von fremder Herrschaft zu ermöglichen. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit diese Freiheit noch gegeben ist, wenn der

---

<sup>19</sup> ebd., S. 73

Staat aufgrund globaler Prozesse die „Bedürfnislage“ der Bürger/innen zugunsten übergeordneter wirtschaftlicher Scheinzwänge hintanstellt. Für viele Globalisierungskritiker/innen steht bereits fest, dass es sich dabei um eine Art des mehr oder weniger schleichenden Staatszerfalls handelt.

*Alle Errungenschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden abgebaut, zerstört, preisgegeben oder in ihr Gegenteil verkehrt – weil eine unaufhaltsame, machtvolle „Entwicklung“ es so will. Als „Führungsmacht“, als wegweisend, gilt nicht der weiterst entwickelte Sozialstaat, nicht der Kontinent der sich vereinigenden Wohlfahrtsstaaten, sondern die Nation mit den höchstentwickelten Waffensysteme.<sup>20</sup>*

bemerkt Robert Menasse.

### **3.1. Einfallstor GATS?**

Die Einfallstore neoliberaler Wirtschaft in das Leben aller Menschen sind vielfältig und zahlreich, nicht selten werden sie mit Argumenten des nationalen Vorteils, des wichtigen Anschlusses an globale Wirtschaftsprozesse und der allgemeinen Standortsicherung aufgestoßen. Von globalisierungskritischer Seite wird beispielsweise das GATS (General Agreement on Trades in Services), das 1995 im Rahmen der GATT-Uruguay-Runde erarbeitet und mit der Gründung der WTO in Kraft getreten ist, als ein besonders großes dieser Einfallstore gesehen. Zielt es doch auf die weitgehende Privatisierung und Vermarktwirtschaftlichung u.a. bislang öffentlicher Leistungen. Insofern wird es freilich auch als Schritt, der den hoheitlichen Nationalstaat westeuropäischer Prägung dauerhaft zu untergraben droht, gesehen. Besonders heftige Kritik wird an der Liberalisierung von ehemals staatlichen Sektoren wie Bildung und Gesundheit formuliert, die viele zudem US-imperialistisch motiviert sehen. Noam Chomsky etwa vermutet im WTO-Abkommen einen vertraglich gefassten „Sieg amerikanischer Werte“, den er an mehreren Punkten<sup>21</sup> festmacht. Er hält das GATS für ein neues Werkzeug der US-

---

<sup>20</sup> In: Der Standard, 17./18. Jänner 2004, Kommentar, S. 31

<sup>21</sup> vgl. Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Europa-Verlag, Hamburg/Wien 1999, S. 90

amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, vergleichbar mit einer Art „ideologischer Untergrabung“. Diese Einschätzung teilt er mit zahlreichen ProtagonistInnen der globalisierungskritischen Bewegung, die im GATS ebenfalls einen wesentlichen Schritt in diese Richtung sehen.

Die Übernahme entscheidender Sektoren der Wirtschaft von Staaten durch US-basierte Konzerne zählt zu den am häufigsten vorgebrachten Kritikpunkten an dieser Entwicklung, die in Richtung zunehmender Monopolisierung im Wirtschaftsbereich weitergedacht wird.

Chomsky macht den zusätzlichen Gewinn für US-Unternehmen und ihre Lobbys im Sinne einer Zementierung und eines Ausbaus des sozialen Gefälles in der Welt sowie die Übernahme anfallender Kosten durch die Bevölkerung als die hauptsächlich Gefahren dieser Entwicklung aus. Er spricht von „neuen und schlagkräftigen Waffen gegen die Gefahr einer ernsthaften Demokratisierung“<sup>22</sup>.

Auch vor diesem Hintergrund liegt die Deutungsweise nahe, dass die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung auf Kosten des Sozialstaates gehe, bzw. diesen durch die Übertragung von immer mehr Aufgaben aus dem vormals staatlich verwalteten Bereich in die Sphäre des durch Profitorientierung geprägten Marktes immer weiter beschneide. Demgemäss würde (Sozial-)Staatszerfall vor allem im Bereich öffentlicher Leistungen stattfinden und Staatlichkeit – durchaus auch durch internationale Abkommen wie das GATS – als substantiell zurückgedrängt begriffen. Diametral dazu steht die Meinung, dass gerade ein neoliberal funktionierender Staat sehr wohl ein stabiles Sozialsystem brauche (vgl. Martin Seeleib-Kaiser<sup>23</sup>) und dass intakte Wirtschaftsbeziehungen nicht auf ein intaktes Sozialsystem verzichten könnten. Allerdings, und das ist der entscheidende Unterschied und wurde bereits oben kurz erwähnt, zum Wohle der Wirtschaft und nicht primär zum Wohle der Menschen.

Auf der neoliberalen Agenda steht einerseits *weniger*, vor allem aber ein *anderer* Staat. Es gehe Seeleib-Kaiser zufolge keineswegs um die Liquidation des Sozialstaates durch die Globalisierung, sondern vielmehr um seine Reorganisation nach einem marktradikalen Konzept. Neoliberales Ziel wäre also die Transformation hin zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch<sup>24</sup>), der geeigneter zu sein scheint, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu fördern. So

---

22 ebd.

23 Seeleib-Kaiser, Martin: Globalisierung und Sozialstaat, in: Talos, Rosenberger (Hrsg.): Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Mandelbaum Verlag, Wien 2003

24 Hirsch, Joachim: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, ID-Verlag, Berlin 1998

entwickelt sich eine neue Variante des neoliberalen Wohlfahrtsstaates, der sich als Steuersenkungs- und Kontrollstaat öffentlich in Szene setzt und eine Ökonomisierung des Sozialen befördert.

Globalisierungskritiker/innen diagnostizieren an diesem Punkt den Abschied vom Keynesianistischen Steuerungsmodell zugunsten neoliberaler Strategien, als deren Folge eine Verlagerung der primären Verantwortlichkeit vom Staat und seinen Institutionen auf die Gemeinden und Individuen gesehen wird. Dies gehe, so die Kritik, freilich nur auf Kosten eines funktionierenden Solidarpaktes und des Ideals sozialer Gerechtigkeit.

### **3.2. Lange Schatten der Ökonomie**

Wie auch immer man/frau das Zusammen- bzw. Gegenspiel von Markt und Sozialsystem nun auch sieht, offensichtlich scheint, dass die konsequent auf den Markt und seine Anforderung hin orientierte Gesellschaft sehr wohl neue „Risikopotentiale“ birgt, die die Rufe nach neuen (staatlichen) Sicherheiten erst recht wieder laut werden lassen. Was vielen als Bedrohung erscheint, sind paradoxerweise all jene (sozialen Gruppen), die im Prinzip dauerhaft ökonomisch ausgeschlossen sind. Die Herausbildung von florierender Schattenwirtschaft oder Terrorismus sind die wohl deutlichsten Folgen dieser Entwicklung. Zu einem „Risikopotential“ wird freilich eher, wem nur mehr die halblegale oder illegale Schattenökonomie als Betätigungsfeld zur Einkommenslukrierung oder Überlebenssicherung offen steht. Die Herausbildung der organisierten Kriminalität und der Schattenwirtschaft kann m.E. durchaus als Folge der Schere zwischen NutznießerInnen und VerliererInnen der neoliberalen Globalisierung auf wirtschaftlicher Ebene gesehen werden. Eine weitere Folge vermeintlich notwendigerweise so organisierter Ökonomie ist das Anwachsen einer Unterklasse von Niedrig-LohnarbeiterInnen („working poor“) und solcher prekariert Gruppen in der Gesellschaft, die komplett auf soziale Transferleistungen angewiesen sind.

Auch bei Christoph Butterwege<sup>25</sup> spielt der Begriff der Bedrohung bzw. der Bedrohten eine zentrale Rolle. Er sieht im vermeintlich schlanken, neoliberalen Minimal- bzw. Residualstaat

---

<sup>25</sup> Butterwegge, Christoph et al (Hg.): Herrschaft des Marktes - Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999, S. 26 f.

nach, wie er meint, US-amerikanischem Vorbild eher einen Kriminal- denn Sozialstaat, weil die Reduktion der Wohlfahrt diesen Staat zur Repression gegenüber den Personengruppen zwingt, die als Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverlierer/innen in erster Linie zu Opfern seiner rückwärts gerichteten „Reformpolitik“ werden.

Für Wulf<sup>26</sup> wiederum gestaltet sich der Zusammenhang zwischen Schattenökonomie und der regulären Ökonomie als ein ganz „direkter“: Er erklärt gewöhnliche Kriminalität, die Verbreitung alltäglicher Gewalt und das organisierte Verbrechen bis hin zu Bürgerkriegen zu einer Folge der Abdrängung von immer mehr Menschen aus der regulären Ökonomie.

### **3.3. „Amerikanische Verhältnisse“ und Standortpolitik**

Wer nun nicht zu den ProfiteurInnen des herrschenden ökonomischen Modells gehört – und das ist die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung – muss gemäß der herrschenden Logik zumindest in der Illusion gehalten werden, es immer noch „schaffen“ zu können, wenn man/frau dem System nur freien Lauf lasse und ihm möglichst wenige Grenzen setze. Die Millionen von Menschen, für die der wenig differenzierende Begriff der Globalisierungsverlierer/innen geprägt wurde, der mittlerweile Teil der Alltagssprache ist, müssen dementsprechend in Schach gehalten und „kontrolliert“ werden. Das Gefühl, frei wählen und auf die Gestaltung des eigenen Lebens aktiven Einfluss nehmen zu können, wird, vor allem in den reichen Industrienationen, auf den Bereich der so genannten Warendemokratie verlagert. Wahlmöglichkeiten und Freiheit werden den Menschen zwar angeboten – aber zugleich auf den vergleichsweise belanglosen Bereich des Konsums geschoben. Die marxistische Annahme des gezielt im Menschen versenkten inneren Regulatives der „falschen Bedürfnisse“<sup>27</sup>, die nicht zuletzt von den eigentlichen und unterdrückenden Herrschaftsstrukturen ablenken (sollen), eignet sich auch zur Analyse dieses Zusammenhangs. Das repressive System kann so fröhlich vor sich hin walten, während die anstehenden Kämpfe in kontrollierbaren „Stellvertreterkriegen“ auf „Ersatzschlachtfeldern“ ausgetragen werden.

---

26 Wulf, Herbert: Krisenprävention und die Ökonomie der Gewalt. In: Stanley, Ruth (Hg.): Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001, S. 52 – [stimmt Seitenangabe?](#)

27 dazu beispielsweise: Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1994

### 3.4. Kapitalokratie und die Illusion von Freiheit

Entscheidungsmacht und Einfluss ist mehr und mehr in der Hand weniger ProtagonistInnen und LobbyistInnen von Konzernen und Wirtschaft konzentriert, was die offizielle Agenda des neoliberalen Umbaus weitgehend verleugnet. Im Gegenteil, eines der von BefürworterInnen am häufigsten vorgebrachten Argumente für die Sinnhaftigkeit des freien Marktes ist gerade die damit angeblich – wenn auch erst „on the long“ – verbundene Freiheit aller Menschen. Und tatsächlich: Die so genannte Marktdemokratie (Charles Derber) – also die Wahlmöglichkeit aller Besitzenden aus einer schier unbegrenzten Warenvielfalt – liefert den Menschen das Gefühl, in gewisser Weise frei entscheiden und seine Stimme abgeben zu können. Die Wahlmöglichkeiten beschränken sich allerdings auf das Feld des Konsums (vgl. Kapitel 3.3.). Dazu Charles Derber:

*Kapitalokratie braucht Leute, die glauben, dass die Markenwahl eine sinnvolle Übung in Demokratie sei. Je unzufriedener die Menschen mit ihren Regierungen werden, weil ihre Stimme in der Wahlkabine gegen die Dominanz bestimmter Interessengruppen nichts ausrichtet, desto eher werden sie gegen das System rebellieren – es sei denn, die finden einen anderen Weg, ihre Stimme abzugeben.<sup>28</sup>*

Und diesen Weg sieht Derber im individuellen Gang zum Supermarkt oder durch die Shoppingmall, um als homo consumens (Erich Fromm<sup>29</sup>) aus einem schier unerschöpflichen Warenangebot auswählen zu können.

Die vermeintlich maximierten Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung und Einflussnahme auf politisch relevante Prozesse durch die neoliberale Globalisierung können also getrost ins Reich der Mythen verwiesen werden.

Doch nicht nur etwaig sich formierenden Widerstände gegen das wirtschaftliche Primat wollen in Schach gehalten werden. Es gilt außerdem, die sichtbaren Negativfolgen der Globalisierung derart zu verwalten, dass sie das versucht menschliche Antlitz des Neoliberalismus nicht gefährden können. Auch dafür bedarf es gezielter Kontrollpolitik.

---

<sup>28</sup> Derber S. 86

<sup>29</sup> Fromm, Erich: Die Entdeckung des gesellschaftlichen Unbewussten. Heyne Sachbuch, München 1990

Die USA beispielsweise würden laut Hubert Beste<sup>30</sup> mittlerweile sogar eine „Kontrollpolitik mit autoritären Zügen“ verfolgen, die zum Ziel hat, die von den Marktprofiteuren Ausgeschlossenen und ihre Schicksale so zu „managen“, dass die Illusion von allheilenden Markt aufrecht erhalten werden kann. Auch dies ist eine Entwicklung, die die Verfasstheit des Staates freilich nicht unberührt lässt.

*Es deutet einiges darauf hin, dass der an seine Begrenzungen gestoßene strafende Wohlfahrtsstaat schrittweise von einem postsozialen Sicherheitsstaat abgelöst wird, in dem sozialer Raum verschwunden und soziale Kontrolle imaginär hergestellt wird.<sup>31</sup>*

In diesem „postsozialen Sicherheitsstaat“ allerdings ist auch Sicherheit und Unversehrtheit zu einer handelbaren Ware geworden, die „Gated Areas“ und private Wachdienste benötigt, um sich ihrer selbst sicher sein zu können. Das „gute Gefühl“ leisten kann sich – und das zieht sich als Folge der Globalisierung durch etliche Bereiche – nur mehr eine Minderheit. Diese wird für teures Geld abgeschirmt vor der Mehrheit, die es nicht „geschafft“ hat und vor all jenen, die noch straucheln. Die offenbaren Verlierer/innen der Globalisierung wie Obdachlose, Bettler/innen, „Kriminelle“ und physisch oder psychisch Kranke werden, wie unliebsame Kollateralschäden im vermeintlich „sauberen Krieg“, aus dem sichtbaren Bereich des gesellschaftlichen Alltags verbannt. Um die Logik des sich so proper gerierenden neoliberalen Fortschritts nicht zu gefährden.

Das, was unter so genannten amerikanischen Verhältnissen verstanden wird, also Slum- und Ghettobildung, drastische Kriminalitäts- und Gewalttaten, Bandenkriege und das Entstehen „rechtsfreier Räume“ ist weniger Ursache für restriktive Schutzpolitik als vielmehr Folge von fehlenden sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Auffangnetzen.

Und dennoch setzen vor allem die USA besonders auf Symptom- anstatt auf Ursachenbekämpfung. Nach dem Prinzip von „Law and Order“ wurde etwa in den 1990er Jahren eine äußerst rigide Inhaftierungspolitik verfolgt, wie sie eigentlich nur aus totalitären Staaten

---

<sup>30</sup> Beste, Hubert: *Antrittsvorlesung Sommersemester 2001, JWG-Universität, Frankfurt/M: Kriminalität, Kontrolle & Kultur: 'Policing' in der postfordistischen Metropole.* Unter: [bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Zerfall/Links.html](http://bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Zerfall/Links.html)  
<sup>31</sup> ebd.

bekannt ist und die in der westlichen Welt bislang ihresgleichen suchte. Dabei war/ist diese Strategie nicht primär gegen Kriminalität und Gewalt gerichtet, sondern vielmehr gegen die sichtbare Armut, gegen offensichtliche Verelendung, Störung oder Belästigung im öffentlichen Raum. Also gegen die oben beschriebenen sichtbaren „Kollateralschäden“, die die Kehrseite der sich so erfolgreich gebarenden und auf Profitmaximierung hin orientierten US-Gesellschaft und -wirtschaft darstellen.

Während sich der Staat im sozialpolitischen Bereich also immer mehr aus seiner Verantwortung stiehlt, wird im kontrollpolitischen Sektor hart durchgegriffen, um die Folgen der so entstandenen Versorgungslücke besser zu „managen“ – und zu überspielen. Das führt im Extremfall dazu, dass, wie beispielsweise zuletzt in New York City der Fall, das Vierfache des Etats der öffentlichen Krankenhäuser für die Polizei ausgegeben wird.<sup>32</sup> Dieser Aspekt ist umso interessanter, als „Sicherheit und Ordnung“ über die letzten Jahre hinweg immer mehr zu relevanten Standortfaktoren avanciert sind und sich damit wiederum der Kreis der Vorherrschaft des Marktprinzips schließt.

### **3.5. Standortvorteil Sicherheit**

Um einen sozialen Staat, der primär das Wohle des/der Einzelnen im Auge hat, geht es an dieser Stelle schon längst nicht mehr. Vielmehr lässt sich ein weiterer Aspekt des (*Sozial-*)*Staatszerfalls* durch neoliberale Durchdringung feststellen:

Für Christoph Butterwegge<sup>33</sup> kehrt „Standortsicherung“ das Verhältnis von Ökonomie und (*Sozial-*)Politik, die zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird, um. In den Mittelpunkt politischen Handelns rückt die (angeblich) bedrohte Wettbewerbsfähigkeit des „Industriestandortes“. Um diesen zum Industriestandort degradierten Staat für Konzerne, Anleger/innen und AktionärInnen attraktiv zu halten, kommen restriktive Sicherheits- und Kontrollstrategien zum Einsatz: Übertragung (ehemals) hoheitlicher Aufgaben wie Überwachung auf zumeist profitorientierte Privatpersonen etwa in Form privater Sicherheitsunternehmen. Die Folgen dieser Entwicklung sind Reglementierung sowie Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume, das Entstehen rechtsfreier Zonen aufgrund des diffusen öffentlichen,

---

<sup>32</sup> vgl. ebd.

<sup>33</sup> Butterwegge, Christoph et al (Hg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999

profitorientierten und privaten „Kontrollmix“ unklarer rechtlicher Normierungen sowie unübersichtlicher Kompetenzen und Aufgabenbereiche. Laut Beste bildet sich in immer stärkerem Maße ein „unterstrafrechtliches Partikularrecht“ heraus, das ein neues Privatstrafrecht zu etablieren sucht.<sup>34</sup>

Doch zurück zur Ausgangsfrage des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft unter neoliberalen Bedingungen.

#### 4. Wie viel Staat braucht Globalisierung?

Charles Derber knüpft bei der Annäherung an diese Frage am Gedanken des *konvergenten Interventionismus*<sup>35</sup> an und bezeichnet die Weltwirtschaft als den Herren im Haus eines mächtigen Ehebundes, den er, wie oben erwähnt, als „Kapitalokratie“<sup>36</sup> bezeichnet. Und in diesem Bündnis ist die Wirtschaft angewiesen auf ihre „staatlichen Bräute“.

[Die Weltwirtschaft] *braucht die Regierungen zur Stabilisierung des Systems, zur Aufrechterhaltung von Ordnung und einer demokratischen Fiktion, auf der der Mythos der Globalisierung basiert. Er fühlt sich stark genug, Regierungen nach seinen Vorstellungen zu formen.*<sup>37</sup>

Die Analyse des Prozess' der Untergrabung ehemals staatlicher Hoheitsgebiete durch die multiplen Machtzentren der neoliberalen Globalisierung verlangt nach differenzierender Betrachtung: geht es dabei doch nicht nur um eine Abspaltung der Wirtschaft vom Staat, sondern um eine gegenseitige Verzahnung jener Elemente beider Akteure, die dem gemeinsamen Ziel dienlich sind. So wird zur Erreichung eines bestimmten Ideals quasi jedes der Systeme so verformt und – im Falle des Staates – förmlich „ausgeweidet“, bis nur noch jene Elemente übrigbleiben, die im Sinne einer neoliberalen Ausrichtung „brauchbar“ sind. Gemäß dieser Vorgehensweise wird auch der Sozialstaat zum Zwecke der Aufrechterhaltung der neoliberal

---

34 Beste, Antrittsvorlesung

35 ebd.

36 Derber S. 86 f.

37 ebd., S. 74

geprägten Ausbeutungslogik „missbraucht“. Am System der „Kapitalokratie“, wie Derber sie skizziert, lässt sich die neoliberal motivierte Zweckentfremdung (sozial)staatlicher Arrangements veranschaulichen.

Die Kombination der Begriffe „Kapitalismus“ und „Demokratie“ beschreibt dabei recht genau ein von wirtschaftlichen Interessen bestimmtes System, das die demokratische Idee zelebriert. Die „Kapitalokratie“ verstrickt die Aktivitäten riesiger multinationaler Unternehmen (als Protagonisten der neoliberalen Globalisierung) und die nationalen Regierungen in eine widersprüchliche, ungleiche Partnerschaft. Die in einer robusten Demokratie bestehenden Schutzwälle zwischen Regierung und Wirtschaft, die garantieren sollten, dass die Gesetze nicht von der Wirtschaft, sondern von den Regierungen kontrolliert werden, werden durchlässig bzw. sukzessive abgebaut. In dieser Verschmelzung von Wirtschaft und verfassungsmäßiger Regierung agieren Regierungen mehr und mehr wie Wirtschaftsunternehmen und Unternehmen mehr und mehr wie Regierungsmächte. Beispiele dafür wären die Tatsachen, dass Regierungen unternehmerischen Gewinn protektieren, während im Wirtschaftsjargon plötzlich von sozialer Verantwortung und Demokratie die Rede ist. Immer mehr verleihen sich die internen Organisationsabläufe in Betrieben pseudo-demokratischen Anstrich, agieren aber nach außen hin weitgehend autoritär. Kurz: Die Wirtschaft übernimmt die Aufgabe der Gesetzesplanung und -verabschiedung, und Regierungen kümmern sich ums Geld.

*Uns wird zwar erzählt, das letzte, was die Wirtschaft wolle, seien enge Bindungen zur Regierung. Sowohl nationale wie internationale Unternehmen empfinden Regierungen als lästige Bürde und sich selbst als unabhängig. Doch dies ist nur ein Dogma des Globalisierungsmythos: dass die Wirtschaft und Märkte sich selbst regulierten und Regierungen für das Volk da seien.<sup>38</sup>*

Die gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft hat – zumal in den USA als Geburtsstätte globaler Konzerne heutiger Prägung – eine lange Geschichte: Einige der wichtigsten und weitgehendsten Entscheidungen des Höchsten Gerichtshofes zwischen 1880 und 1900 betrafen den 14. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung. Genau dieser Artikel war ursprünglich zum Schutze befreiter Sklaven gedacht. Er wurde erweitert, um Unternehmen rechtlich gegen staatliche Angriffe zu schützen. Das Gericht erklärte damals, dass Unternehmen „Vertragsfreiheit“ unter dem Schutze des Zusatzartikels Nr. 14 genießen sollten und dass

---

38 ebd., S.71

staatliche Reglements auf bestimmte juristische Grundlagen beschränkt seien. Ohne diesen wesentlichen und nachhaltigen staatlichen Akt wären in den USA wohl weder ein nationaler Markt noch die Kapitalgesellschaften heutiger Prägung zu solcher Blüte gelangt. Diese politischen und juristischen Manöver führten freilich zu einer großen Wandlung der amerikanischen Einstellung gegenüber den Konzernen. Vor dem Bürgerkrieg definierte man beispielsweise Kapitalgesellschaften als Unternehmensgründungen des Staates „zum Wohle der Allgemeinheit“. Folglich konnte ihre Zulassung aufgehoben werden, falls sie diesen Zweck nicht (mehr) dienen sollten. Dies war nun nicht mehr der Fall.

*Die Ideologie des freien Marktes, ein zentrales Dogma in der Mystik der Globalisierung, verschleiert die Tatsache, dass Märkte immer von Regierungen geschaffen werden und dass sie nur durch staatliche Intervention und öffentliche Subvention überleben können. Es gibt keinen Markt. Es gibt keinen Markt ohne seine Staatsmacht, die ihn etabliert, reguliert und militärisch schützt, und es gibt keine Kapitalgesellschaften ohne Gewerbeordnung und Regierungen, die ökonomische und soziale Ordnung garantieren.<sup>39</sup>*

Marktsysteme sind massiv auf staatliche Aufwendungen angewiesen, sei es für Bildung, Infrastruktur oder Forschung, ohne die wohl jede Wirtschaft kollabieren würde. Aus Sicht Charles Derbers „globalisiert Globalisierung“ nicht nur Turnschuhe und Walkmans, sondern auch Selbstbestimmung – indem sie den Nationen Macht und Verfassungsautorität nimmt und in die Hände der AkteurInnen des globalen Marktes und seiner internationalen Körperschaften wie etwa der Welthandelsorganisation legt. Dieser Prozess wird politisch weitgehend von den USA und nahestehenden Organisationen wie der WTO gelenkt und ist mehr als jede andere Weltordnung zuvor von der Maxime des Profits bestimmt.

#### **4.1. Zahnlose Kritik?**

Zielt also eine Neoliberalismuskritik, die allein den „bösen“ Weltmarkt – in der Vorstellung, dieser könne ohne jede soziale und staatliche Anwesenheit walten – in die Mangel nimmt, zwangsläufig ins Leere? Schenkt man/frau Bernd Röttger<sup>40</sup> Glauben, ist genau das der Fall. Mehr

---

<sup>39</sup> ebd., S. 73

<sup>40</sup> Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und kapitalistische Regulation. Verlag Westfälisches Dampfboot,

noch: Ihm zufolge leistet eine so lautende Kritik nur dem Mythos „der strikten Trennung von Ökonomie und Politik und staatlicher Regulierungsfähigkeit im Kapitalismus“ Vorschub. Alte Debatten, wie jene zur Frage „Suprematie der Ökonomie“ oder „Primat der Politik“ würden ausgegraben, seien für die fundierte Diskussion über die Rolle des sozialen Nationalstaates in Zeiten des neoliberalen Umbaus jedoch nicht sinnvoll, so Röttger.

*Diese Debatten sich gerade in dem Maße problematisch geworden, wie [...] Interdependenzen von Ökonomie und Politik ausgebildet wurden und die (neo-)liberale Nachtwächter-Idylle gerade auch in ihren theoretischen Konnotationen obsolet geworden ist. [...] Auf dem Weg der Rekonstruktion einer Dichotomie von Ökonomie und Politik wird die Idee einer allein durch Staatsapparate konstituierbaren Gesellschaft transportiert.<sup>41</sup>*

Röttger beurteilt das Modell des heutigen Sozialstaates als aus seinen spezifischen historischen Entstehungsbedingungen herausgelöst und die dahinterstehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so in den Hintergrund tretend. Diese „spezifischen historischen Entstehungsbedingungen“ ließen allerdings keine andere Wahl, als den Menschen in den Mittelpunkt politischen Agierens zu stellen, was die Prämisse sozialstaatlicher Bestrebungen war. Die neoliberale Reform nun macht Röttger für den Abbau gesellschaftlicher Formen der Regulation zugunsten der Durchsetzung kapitalistischer Regulation verantwortlich. Er diagnostiziert eine massive Verschiebung innerhalb der Machtstrukturen zwischen Wirtschaft und Politik im Zuge des neoliberalen Umbaus, sieht aber den Staat dadurch nicht nur als mehr und mehr entmachtetes „Opfer“, sondern als gleichzeitig in dessen repressiver Funktion bestärkt. Auch Frank Deppe<sup>42</sup> ortet das zentrale Dilemma neoliberaler Globalisierung in der Zuspitzung der – wie er es nennt – sozialen Frage und der Zunahme von Ungleichheit und Fragmentierung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Transformation der nationalstaatlichen politischen Systeme. Diese Transformation wiederum betrifft sämtliche staatliche Kanäle und Institutionen und folglich die Adressaten der Politik zur sozialen Frage. Mit anderen Worten: Durch Deregulierung und Privatisierung auf staatlicher Ebene kommen nicht selten genau jene ehemals rein staatlichen Zuständigkeitsbereiche in Bedrängnis, die die negativen Folgen der Globalisierung wohl am besten abschirmen (hätten) können: Großzügige Sozialpolitik, Bildung, Sicherheit. Womit sich

---

Münster 1997

41 ebd., S. 35 f.

42 Deppe, Frank: Subjekte der Emanzipation: 1. Veränderte Rahmenbedingungen. Unter: [www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/4Hildebrandt.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/4Hildebrandt.pdf)

die neoliberale Katze in den Schwanz beißt. Aber eigentlich tut sie das nur bei oberflächlicher Betrachtung. Denn bei genauerem Besehen der Tatsachen wird deutlich, dass der Neoliberalismus nicht *trotz* sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung „funktioniert“, sondern gerade *durch* sie. Soziale Schieflagen sind keine „Kollateralschäden“ der neoliberalen Globalisierung, sondern diesem System immanent.

## 5. Schlusswort

*So kann generell von einem ‚Rückzug‘ des Staates aus der Gesellschaft trotz aller neoliberalen Propaganda keine Rede sein, auch wenn sich die Formen staatsadministrativer Regulierung erheblich verändern, also z.B. polizeiliche Überwachung an die Stelle von materiellen Sozialleistungen tritt, private Schulen subventioniert statt staatliche errichtet werden, oder wenn statt einfacher Ge- und Verbote im Umweltschutzbereich staatlich regulierte Marktmechanismen eingesetzt werden [...].<sup>43</sup>*

Wer Markt will, muss auch Staat sagen – und zwar sehr wohl auch Sozialstaat. So oder so ähnlich ließe sich vielleicht der komplexe Zusammenhang von neoliberal ausgerichtetem Effizienzstaat und (sozial)staatlichen Errungenschaften, wie sie viele westliche Nationalstaaten auszeichnen, beschreiben. Liberalisierung entlastet den Nationalstaat teilweise zweifellos von Aufgaben, die er heute, vor allem ohne eine ihn unterstützende internationale Ordnung, nicht mehr wahrzunehmen vermag. Weil sich Privatisierungen politisch als aktive nationale Strategie zur Sicherung oder Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit darstellen lassen, können sie sogar die von der Internationalisierung der Wirtschaft angegriffene Legitimität des Nationalstaats erneuern helfen. Mittlerweile gehen viele Regierungen westlicher Demokratien sogar dazu über, ihre eigene Abdankung zugunsten des Marktes als die einzig noch erfolgversprechende Wirtschaftspolitik „im nationalen Interesse“ zu präsentieren. Der Verlust an staatlichen Handlungsmöglichkeiten, der mit Marktöffnung und Privatisierung einhergeht, ist dabei umso leichter zu verschmerzen, je mehr diese nur noch auf dem Papier stehen.

---

43 Hirsch S. 83

## 5.1. Literatur- und Quellenangaben

- Butterwegge, Christoph et al (Hg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999
- Chomsky, Noam: Profit over People. Europa Verlag, Hamburg 1999
- Chomsky, Noam: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1995
- Derber, Charles: One World. Von globaler Gewalt zur sozialen Globalisierung. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2002
- Friedman, Thomas: Globalisierung verstehen: Zwischen Marktplatz und Weltmarkt. Ullstein Berlin 1999
- Fromm, Erich: Die Entdeckung des gesellschaftlichen Unbewussten. Heyne Sachbuch, München 1990
- Hirsch, Joachim: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, ID-Verlag, Berlin 1998
- Hofbauer, Hannes: Grenzenlose Marktvergrößerung. In: Progress 8/04, Dossier, S. 19
- Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1994
- Nohlen, Dieter: Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Rohwolt, Hamburg 2002

- Nohlen, Dieter (Hg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 2, Piper Verlag, München 1983
- Rosenberger, Sieglinde; Talon, Emmerich (Hg.): Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven, Mandelbaum Verlag, Wien 2003
- Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und kapitalistische Regulation. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1997
- Stanley, Ruth (Hg.): Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden 2001

#### **Internet:**

- Beste, Hubert: Antrittsvorlesung Sommersemester 2001, JWG-Universität, Frankfurt/M: Kriminalität, Kontrolle & Kultur: „Policing“ in der postfordistischen Metropole.  
unter: <http://www.unibielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Zerfall/Links.html>
- Deppe, Frank: Subjekte der Emanzipation: 1. Veränderte Rahmenbedingungen.  
Unter: [www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/4Hildebrandt.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/4Hildebrandt.pdf)
- <http://www.trend.partisan.net/trd1101/t231101.html>